



ASIEN/PAKISTAN - Oberstes Gericht befasst sich mit dem Fall Rimsha Masih

Islamabad (Fidesdienst) – Der Fall Rimsha Masih, das Mädchen mit einer geistigen Behinderung, das in Pakistan der Blasphemie angeklagt und vom Hohen Gericht in Islamabad freigesprochen wurden (vgl. Fidesdienst vom 20/11/2013), ist noch nicht abgeschlossen. Die Anwälte der Anklage haben Berufung beim Obersten Gerichtshof eingereicht, wo am heutigen 15. Januar die erste Anhörung stattfindet. Wie die christlich inspirierte Organisation „Legal Evangelical Association Development“ (LEAD) dem Fidesdienst berichtet, hält sich die Familie von Rimsha an einem geheimen Ort. Zahlreiche christliche Familien aus dem Stadtviertel Mehrabadi in Islamabad, wo auch die Familie von Rimsha lebte, haben ihre Wohnungen verlassen, nachdem sie im Zusammenhang mit dem Fall von Extremisten bedroht worden waren.

Nachdem der Fall das Interesse der internationalen Öffentlichkeit auf sich gezogen hatte, entstand der Eindruck, als ob dadurch aufgezeigt werden könnte, wie der Blasphemieparagraph in Pakistan missbraucht wird. Der Berufungsprozess könnte nach Ansicht von Beobachtern, aus rein politischen Gründen nach Druckausübung durch fundamentalistische Gruppen im Vorfeld der Wahlen im kommenden März angestrengt worden sein. Der Nationaldirektor der Päpstlichen Missionswerke in Pakistan, Pfarrer Mario Rodrigues, erklärt dazu gegenüber dem Fidesdienst: „Auf der einen Seite gibt es die politische Instrumentalisierung des Falles Rimsha, auf der anderen Seite gibt die Mullah die insistieren und im Übrigen existiert das Recht auf ein Berufungsverfahren. Wir vertrauen auf die pakistanische Justiz: ich bin sicher, dass auch das Oberste Gericht den Freispruch von Rimsha bestätigen wird“. P. Rodrigues erinnert daran, dass „der Missbrauch des Blasphemieparagraphen, wie im Fall Rimsha, fortgesetzt wird, während im Land eine besorgniserregende Spirale der Gewalt zu beobachten ist“. (PA) (Fidesdienst 15/01/2013)